

Meinungen

Leitartikel

Ein Land in Bewegung

Eine bunte Allianz der Zivilgesellschaft hat die SVP als treibende Kraft im Wahljahr abgelöst – auch wenn sie zu ähnlichen Mitteln greift. Im Idealfall führt die neue Bewegung nicht zu weiterer Polarisierung. Sondern zu mehr politischer Partizipation.

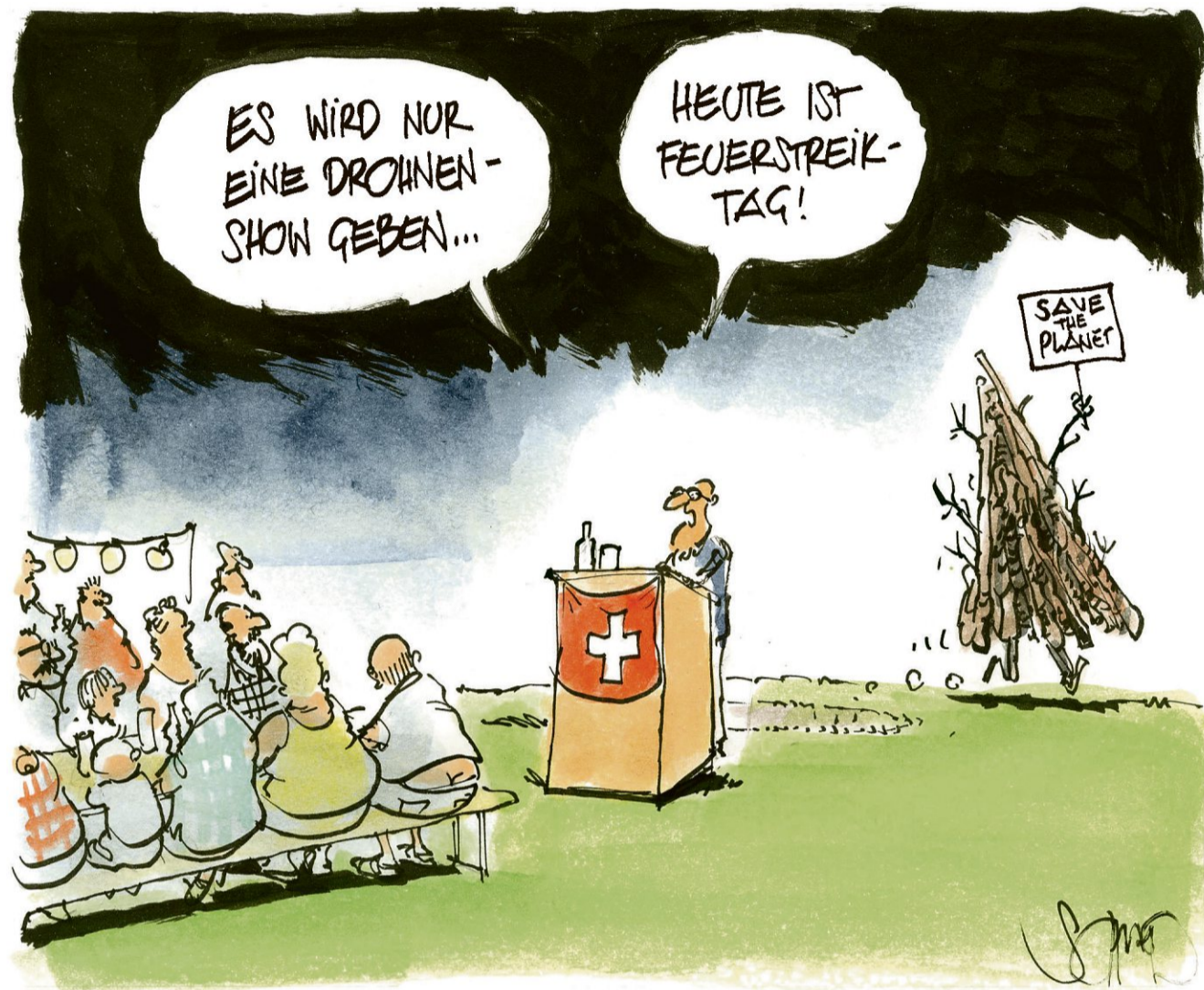
Daniel Foppa

«Widerstand!» Mit dieser Losung hat die SVP die Politik jahrelang erfolgreich geprägt. Widerstand gegen die EU, gegen die «Classe» politique, gegen den Staat. Im Wahljahr 2015 rief die SVP auf dem Höhepunkt der europäischen Flüchtlingskrise zum «aktiven Widerstand» gegen Asylzentren auf – und gewann die Wahlen überlegen.

Die Freude währte kurz, wenig später scheiterte ihre Durchsetzungsinitiative. Folgenreicher als das Nein war die Art und Weise, wie es zustande kam: Die Initiative scheiterte vor allem am Engagement der Zivilgesellschaft, an einer heterogenen Bewegung, die die SVP mit ihren eigenen Waffen schlug: Emotionen, Überzeichnung, Widerstand. Die SVP war plötzlich in der Defensive.

2019 ist erneut von Widerstand die Rede. SVP-Präsident Albert Rösti verkündet auf dem Rütli mit Blick auf das Rahmenabkommen: «Widerstand ist nötiger denn je!» Der Aufruf verhallt wirkungslos. Zu sehr steht das Abkommen bereits von links in der Kritik. Ausgerechnet im Wahljahr hat die SVP ihre Rolle als dominierende Widerstandsbewegung, die sie trotz Regierungsbeteiligung immer war, verloren. Den Part übernahm eine 16-jährige Schwedin, die ihren Anhängern zuruft: «Es ist Zeit, massenhaft Widerstand zu leisten.» Zehntausende tragen die Forderung der Klimaaktivistin Greta Thunberg auf die Strasse.

Dass diese Bewegung die Kraft zur politischen Veränderung hat, bewies sie in kantonalen Wahlen. Die Grünen dürften denn auch zu den Siegern der Nationalratswahlen gehören. Zwar wird auch ein Linksrutsch die Politik während der nächsten Legislatur nicht grundlegend ändern. Dafür sorgt allein schon der Ständerat, der wie ein Treib-



anker Kursabweichungen in Grenzen hält. Kommt hinzu, dass auch innerhalb desselben Parteienspektrums oft Uneinigkeit herrscht – etwa bei der Europafrage zwischen SP und Grünen oder FDP und SVP. So hat der Rechtsrutsch von 2015 aus bürgerlicher Sicht wenig bewirkt. Die nach den Wahlen von FDP-Chef Philipp Müller gemachte Ansage «Wir werden das Land verändern» blieb eine leere Phrase.

Bemerkenswerter als die im Herbst zu erwartenden Prozentverschiebungen zwischen den Parteien sind die Begleitumstände: Entscheidende Faktoren sind neue Bewegungen, die für Klimaschutz, Gleichstellung und eine «offene Schweiz» kämpfen. Wie die SVP sorgen sie für ein emotionales, massentaugliches Politelerlebnis, dem der Reiz des Widerständigen anhaftet: Plötzlich mobilisieren Klima- und

Frauenstreik so viele Menschen wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Viele von ihnen waren noch nie an einer Kundgebung oder wählen 2019 erstmals.

Die Mobilisierung auf der Strasse wird wieder zurückgehen, womöglich so schnell, wie sie entstanden ist. Was bleiben wird, ist die digitale Mobilisierungsmaschinerie, die dahintersteckt. Jedes Jahr wird der Adresskreis grös-

ser, den Campaigner zur Verfügung haben, um ihre Zielgruppen anzusprechen. So reichten den Initianten der Volksinitiative gegen Waffenexporte zwei Monate, um mithilfe der Onlineplattform Wecollect 100 000 Unterschriften zu sammeln. Es ist absehbar, dass ein Begehren aus diesem Umfeld dereinst angenommen wird. Chancereich sind ökologische Forderungen wie die Pestizid- oder die Gletscherinitiative sowie Begehren wie die Konzernverantwortungsinitiative.

Damit dürfte die zu Ende gehende Legislatur – die einzige seit 1999, in der keine Initiative angenommen wurde – von einer Phase abgelöst werden, in der Volksbegehren wieder Mehrheiten finden. Bloss stammen diese nicht mehr von der SVP, sondern vom gegenüberliegenden Politpol.

Nun ist es durchaus zu begrüssen, wenn jene Kräfte gestärkt werden, die für mehr Klimaschutz eintreten. Problematischer wird es bei Themen wie dem Verhältnis zur EU oder der Reform der AHV: Hier verharren die Polparteien ideologisch auf ihren Standpunkten, und eine Organisation wie die Operation Libero, deren Qualität im Politmarketing so ausgeprägt ist wie der Hang zum Besserwisserum, bleibt noch zu oft im Ungewahren.

Die Frage wird sein, wie konstruktiv sich die zivilgesellschaftlichen Akteure abgesehen vom Klimathema und über das blosses Verhindern von SVP-Anliegen hinaus künftig in die Politikgestaltung einbringen. Im Idealfall erleben wir nicht bloss eine weitere Polarisierung. Sondern den Beginn einer Phase, die zu mehr politischer Partizipation führt und Reformen dank des frühen Einbezugs der Bevölkerung erleichtert. Das Wahljahr 2019 hat das Potenzial, eine solche Wegmarke zu werden – trotz aller Widerstandsrhetorik.

Es ist zu viel Geld im Spiel

Gegen die Fussballer Neymar und Ronaldo wird nicht mehr weiter wegen Vergewaltigung ermittelt. Ist das gerecht?

Michèle Binswanger

Es fehlen Beweise, also lässt man die Anklage fallen. Das ist der Fall im Verfahren gegen den Fussballer Neymar, dem ein brasilianisches Model vorwirft, er habe sie vergewaltigt. Die Anschuldigungen seien eingehend geprüft worden, gab die leitende Ermittlerin gestern bekannt, aber man habe sich entschieden, keine Klageempfehlung dazu abzugeben. So auch im Fall Cristiano Ronaldo. Im September 2018 erhob Model Kathryn Mayorga in Nevada Zivilklage gegen ihn. Er soll sie 2009 in einem Hotelzimmer in Las Vegas vergewaltigt und ihr danach Schweigegeld gezahlt haben. Nun entschied die Staatsanwaltschaft, dass die Vorwürfe nicht zweifelsfrei bewiesen werden könnten.

Aufseiten der Beschuldigten dürfte die Erleichterung gross sein. Beide hatten vehement ihre Unschuld beteuert, die Anschuldigerinnen der Lüge bezichtigt und mit allen Mitteln versucht, die Vorwürfe abzuwehren. Ronaldo setzte ein ganzes Heer von Anwälten ein, welche den instabilen Lebenslauf der Frau offenlegten. Neymar veröffentlichte die Instagram-Kommunikation mit dem vermeintlichen Opfer. Nach

wochenlangem Sexting war sie nach Paris gereist mit der Absicht, sich mit dem Fussballer in sexuellen Aktivitäten zu ergeben. Nach dem ersten Treffen, bei dem er sie vergewaltigt haben soll, wünschte die Frau noch weitere Treffen. Neymar gibt an, die Frau habe versucht, ihn zu erpressen.

Auf der Seite von Opfernvertretern argwöhnt man hinter der Einstellung der Verfahren blanken Sexismus. Denn natürlich ist Vergewaltigung ein Vier-Augen-Delikt, am Ende steht immer Aussage gegen Aussage. Zudem handelt es sich bei beiden Anklägerinnen um Models, Frauen, die aus ihrer Attraktivität und ihrem Kontakt zu Starspielern Kapital schlagen. Denkbar wäre also auch, dass die Strafverfahren wegen moralischer Vorbehalte eingestellt worden sein könnten, aus stillschweigender Aversion gegen diesen Lebenswandel.

Schon in normalen Vergewaltigungsfällen ist die Lage verworren, wenn die Aussagen sich diametral widersprechen. Sind aber auch noch Millionenbeträge im Spiel, wird die Sache gänzlich unübersichtlich. Denkbar sind beide Varianten, und zwar vorbehaltlos: Ganz ungeachtet des Lebenswan-

dels dieser Frauen ist denkbar, dass die Fussballer ihnen sexuelle Gewalt angetan haben – selbst wenn ihnen bewusst gewesen sein muss, welche Konsequenzen das zeitigen könnte. Dafür spricht eine lange Liste von Prominenten, die für sexuelle Dummheiten Vermögen, Karriere und Familie aufs Spiel setzten.

Denkbar ist aber auch, dass die Frauen aus ihrer sexuellen Begegnung mit den Fussballern Kapital schlagen wollten, indem sie ihnen falsche Vorwürfe machen. Weil sie sich davon Popularität erhoffen oder ein paar Dollars zusätzlich. Auch für dieses Verhaltensmuster gibt es genügend Beispiele. Sicher ist nur, dass eine der Parteien lügt und damit der anderen Partei grosses Unrecht zufügt. Und sicher ist, dass es bei solchen Prozessen letztlich um sehr viel Geld geht (das im Fall von Ronaldo bereits vor zehn Jahren reichlich geflossen ist).

Die Behörden haben die undankbare Aufgabe, nach Beweisen zu suchen, mit denen sich die eine oder die andere Version erhärten lässt. Fehlen diese, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als das Verfahren einzustellen. So gerecht oder ungerecht man das finden mag,

Endlose Spirale der Gewalt

Brasilien Das Massaker in einem Gefängnis ist symptomatisch für das Versagen eines Kontinents.

Sandro Benini

In einem Gefängnis des nordbrasilianischen Bundesstaates Pará haben sich am Montag Szenen von unfassbarer Brutalität ereignet. Beim Kampf zwischen Insassen verfeindeter Drogenbanden sind mindestens 57 Personen getötet worden, 16 wurden enthauptet. Die Schlächter klickten abgetrennte Köpfe herum wie Fussbälle und stellten Videos davon ins Internet. Ähnlicher Horror spielt sich auch anderswo in Lateinamerika häufig ab, in Mexiko, Venezuela, Ecuador. Und immer wieder in Brasilien.

Die Gewalt in den grotesk überfüllten Gefängnissen nimmt die Öffentlichkeit meist erstaunlich gleichgültig zur Kenntnis, weil es viele insgeheim für die effizienteste Lösung halten, wenn sich kriminelle gegenseitig massakrieren. Die staatlichen Institutionen sind vollkommen unfähig, die Anstalten zu kontrollieren und die Barbarei einsitzender Clanmitglieder zu bändigen. Doch die Schlächtereien in brasilianischen und anderen lateinamerikanischen Zellen sind letztlich Exzesse jener alltäglichen Gewaltkriminalität, die auch ausserhalb der Gefängnisse grosse Teile Lateinameri-

kas drangsaliert und den Subkontinent zur mörderischsten Region der Welt macht.

Die am häufigsten genannten Erklärungen für dieses Desaster, nämlich Ungleichheit und Armut, greifen zu kurz. Denn während der Nullerjahre, als sich die sozialen Indikatoren fast überall in Lateinamerika teilweise markant verbesserten, ist die Mordrate nicht gefallen, sondern gestiegen. Die Gewinne aus dem Drogengeschäft, die Verlockung des schnellen Reichtums sind zu gross und mächtig, als dass ökonomische Verbesserungen wirksam wären, zumindest kurzfristig. Flächendeckend gescheitert ist auch die Strategie, die Brasiliens Präsident Jair Bolsonaro propagiert: mehr Waffen für die Zivilbevölkerung, mehr militärische Härte aufseiten der Ordnungskräfte.

Vereinzelte Teilerfolge im Kampf gegen die Gewalt, etwa in Honduras, El Salvador, Kolumbien oder früher in Mexiko, sind hingegen erzielt worden, indem sich der Staat auf Verhandlungen mit den Kartellen einliess. Das ist rechtsstaatlich bedenklich. Aber in einem blutig zerrissenen Kontinent vielleicht das kleinere Übel.